



Polens Mitgliedschaft in EU und NATO Aus polnischen Fachzeitschriften 1999

Christoph Royen

Diese aktuelle Ausgabe der "SWP-Zeitschriftenschau" soll wie schon im Jahr zuvor ausgewählte polnische außenpolitische Zeitschriftenbeiträge unter einem einheitlichen thematischen Aspekt vorstellen. Dazu bot sich der 1999 erreichte Fortschritt Polens auf dem Weg in die EU und die NATO an. Doch während Polen bereits am 12. März 1999 zusammen mit der Tschechischen Republik und Ungarn in das Atlantische Bündnis aufgenommen wurde, begann im selben Jahr erst die Intensivphase der Beitrittsverhandlungen mit der EU. Daher verdienen insbesondere solche konzeptionellen Artikel die Aufmerksamkeit auch ausländischer Beobachter, in welchen problematische und kritische Aspekte sowohl beim Vollzug der NATO-Mitgliedschaft als auch bei der Vorbereitung Polens auf den EU-Beitritt beleuchtet werden. Folgende drei Beiträge werden hier vorgestellt:*

- **Adam Krzemiński**, NATO to nie tylko Ameryka: Rzeczpospolita Europa (Die NATO ist nicht nur Amerika: Die Republik Europa), in: *Polityka*, Nr. 12, 20.3.1999, S. 40–41
- **Jerzy Łukaszewski**, Rozwinięcie UE a Polska (Polen und die Differenzierung der EU), in: *Polska w Europie*, 30 (November 1999), S. 5–40, englische Zusammenfassung S. 132–137
- **Agnieszka Magdziak-Miszewska**, Subregionalny kontekst rozszerzenia NATO, in: *Sprawy Międzynarodowe*, 52 (Januar–März 1999) 1, S. 137–146 = Subregional Context of NATO Enlargement, in: *The Polish Quarterly of International Affairs*, 8 (Januar–März 1999) 1, S. 93–100

1. Polen und die "Europäische Debatte"

Beginnend mit den Debatten um die Osterweiterung der NATO wird in Westeuropa, vor allem in Frankreich, gelegentlich aber auch – ungeachtet der regierungsamtlichen Unterstützung des polnischen Beitrittswunsches – in Deutschland die Sorge geäußert, Polen werde sich bei der notwendigen Stärkung des europäischen Pfeilers der NATO zurück-

* SWP-Zeitschriftenschau vom Februar 1999: "Nachbarn Deutschland und Rußland". Dort auch ein Überblick über das Profil der ausgewerteten Publikationen.

halten und der Führungsrolle der USA den Vorrang einräumen. Mitunter wurde Polen sogar als "Trojanisches Pferd der USA" bezeichnet. Solche Stimmen berücksichtigen indessen nicht, daß die Bevorzugung des amerikanischen Partners sich zum einen aus der geschichtlichen Erfahrung der Polen ergibt. Denn während ihr Land von den europäischen Staaten in kritischen Phasen der Bedrohung und Unterdrückung durch stärkere Nachbarn mehrfach im Stich gelassen wurde, haben die USA Polen stets Sympathie entgegengebracht und aktive Unterstützung zuteil werden lassen. Zum anderen trauen die Polen den europäischen Allianzpartnern nach wie vor nicht zu, daß sie Polen im Ernstfall zu Hilfe kommen. Wie die jüngste Vergangenheit nur allzu deutlich gemacht hat – etwa bei den Konflikten im ehemaligen Jugoslawien (Bosnien, Kosovo), bei der Suche nach Friedenslösungen in Nordirland bzw. im Mittelmeer und im Nahen Osten, oder auch bei der Willensbildung im Bündnis zur Erweiterung nach Osten –, waren es jedesmal die USA, die die entscheidende Initiative ergriffen.

Dieser Thematik wendet sich einer der erfahrensten außenpolitischen Kommentatoren Polens, **Adam Krzemiński**, in der Wochenzeitung *Polityka* zu. K. registriert zwar ebenfalls, daß die jüngsten Treffen der EU-Mitgliedsregierungen den Eindruck in Polen verstärkt hätten, statt der gerne bei solchen Anlässen hervorgehobenen Solidarität sei das Handeln der Westeuropäer durchweg von nationalen Egoismen gekennzeichnet. Auch sei nicht zu übersehen, daß die amerikanische Politik ihrerseits angesichts einer neuen Politikergeneration in Westeuropa, die nicht länger durch die gemeinsame Abwehr der kommunistischen Bedrohung während des Kalten Krieges geprägt sei, neue treue Verbündete in Europa suche. Dennoch geht K. mit den politischen Eliten seines eigenen Landes kritisch ins Gericht.

Sie nähmen, wie K. konstatiert, kaum an den aktuellen Debatten über die Zukunft der Europäischen Union teil. Die beiden Kammern des polnischen Parlaments, der Sejm und der Senat, beschäftigten sich, statt als politische Schule des Nachdenkens über Europa für die Gesellschaft zu wirken, mit taktischen Scharmützeln. Ebenso fehlten Persönlichkeiten mit ausreichender politischer und moralischer Autorität, die imstande wären, eine Bresche in die Mauer aus Vorurteilen und Ignoranz zu schlagen. Und anders als etwa in Deutschland, das K. besonders gut kennt, gebe es in Polen weder die politischen Stiftungen der Parteien noch die regionalen Zentralen für politische Bildung, die eine neue Generation der politischen Klasse heranzubilden.

Nicht selten erklärten polnische Politiker, sie seien Anhänger der de Gaulle'schen Idee eines "Europas der Vaterländer". Doch rechtfertige das nicht das Fernbleiben von der derzeitigen großen Debatte über die künftige Gestalt des Europäischen Integration. Gewiß stehe es einem Kandidatenland nicht zu, sich mit radikalen Thesen in die Diskussion unter den Mitgliedsländern einzumischen. Aber Polen müsse sich auf die Teilnahme an dieser Diskussion zumindest vorbereiten. Formeln der 60er Jahre oder die Sorge um

den Verlust der "nationalen Identität", erst recht aber die Hinwendung zu den nationalen Leiden früherer Jahrzehnte und Jahrhunderte, führten nur in die Sackgasse. Selbst wenn es auch in Westeuropa viele prominente Gegner der "Vereinigten Staaten von Europa" gebe, so stehe doch fest, daß die EU, wolle sie nicht zu einer bloßen Freihandelszone verkommen, jeden Erweiterungsschritt mit der Vertiefung und Effektivierung ihrer Strukturen verbinden müsse. Nur so könne sich Europa gegenüber der Herausforderung durch die Globalisierung behaupten. Bei der letzten Erweiterungsrunde zu Beginn der 90er Jahre sei deshalb auch die Einführung der gemeinsamen europäischen Währung beschlossen worden. Die nun anstehende Osterweiterungsrunde erfordere die politische Union.

Vor diesem Hintergrund gebiete die Vernunft die bewußte und zuversichtliche Einschaltung Polens in die europäische Debatte über das "gemeinsame Haus". Hierbei gelte es, sich freizumachen von nationalen Komplexen und Verletzungen. Statt dessen sollte Genugtuung darüber herrschen, am Bau der "Republik Europa" mitwirken zu dürfen. Nachdem die Polen die Teilungen, Hitler, Stalin sowie manche anderen inneren Gefahren überstanden hätten, ohne dabei unterzugehen, müßten sie ausreichendes Selbstvertrauen besitzen, um entschieden für radikale Reformen der Europäischen Union einzutreten: die Schaffung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, die Stärkung der Kompetenzen des Europäischen Parlaments sowie die schrittweise Umwandlung der Europäischen Kommission in die Regierung der Europäischen Union.

Überdies könnten gerade die Polen aufgrund ihrer traurigen Erfahrungen mit dem Einstimmigkeitsprinzip des *liberum veto* im Reichstag der polnischen Adelsrepublik des 17. und des 18. Jahrhunderts manche anderen Mitgliedsländer dazu überreden, nötige Reformen nicht unter Berufung auf die eigenen nationalen Interessen zu blockieren.

Noch schärfer fällt die Kritik aus, die **Jerzy Łukaszewski** in seinem Aufsatz vorbringt. Er hatte jahrzehntelang als Hochschullehrer in Westeuropa gelebt und war von 1972 bis 1990 Rektor des *Collège d'Europe* in Brügge, ehe er von 1990 bis 1996 Polen als Botschafter in Paris diente. Es werde höchste Zeit, daß die politischen Eliten Polens ihre Illusionen und mangelnden Kenntnisse von den europäischen Integrationsprozessen überwinden, nachdem die Abschottung von den Entwicklungen und Debatten in Westeuropa durch die kommunistische Diktatur längst der Vergangenheit angehöre. Einerseits hielten viele in Polen es für selbstverständlich, daß die EU alle europäischen Staaten aufnehme. Andererseits nähmen sie naiv an, die von Gründungsvätern unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg entworfenen Formen der europäischen Integration könnten unverändert bleiben.

Dabei sei ihnen völlig entgangen, daß die Entwicklung von den anfänglichen drei Europäischen Gemeinschaften über ihre Zusammenfassung in der Europäischen Gemeinschaft bis hin zum Entstehen der Europäischen Union bei gleichzeitiger schrittweiser

Erweiterung der Mitgliederzahl bereits zu einer tiefgreifenden Differenzierung innerhalb der Union geführt habe. Die gesamte Debatte um das Verhältnis zwischen einem Kerneuropa und darum gelagerten konzentrischen Kreisen abgestufter Mitgliedschaftsintensität, die spätestens seit den Thesen von Wolfgang Schäuble und Karl Lamers sowie von Giscard d'Estaing Mitte der 90er Jahre das Bewußtsein aller Europa-Fachleute prägte, sei in Polen kaum rezipiert worden. Folglich habe man in Polen auch kaum Vorstellungen darüber entwickelt, zu welchem Kreis der EU-Mitglieder Polen gehören solle. Im Grunde hätten Polens Politiker noch immer nicht den qualitativen Unterschied zwischen der Vielzahl der "mechanistisch" gebildeten Internationalen Organisationen, wie etwa der Vereinten Nationen, der OECD oder des Europarats, und einer Gemeinschaft kulturell und historisch miteinander verbundener Nationen wie der EU begriffen.

Geradezu absurd und realitätsfern seien die Warnungen mancher Politiker und Journalisten vor der "imperialistischen EU", die Polen "verschlucken" wolle und seine nationale Identität bedrohe. Ausgerechnet diejenigen, die sich als aufrechte Vorkämpfer gegen den Kommunismus betrachteten, übernahmen so nachträglich die Formeln der ehemaligen kommunistischen Propaganda gegen die europäische Integration. Inzwischen habe sich gezeigt, daß auch die kleineren und mittleren Staaten Westeuropas nicht nur wirtschaftlich von ihrer Mitgliedschaft profitiert haben, sondern aufgrund der geltenden Rotationsregeln auch ihren politischen Einfluß stärken konnten. Wie Krzemiński sieht auch L. hierin ein entscheidendes Element der Selbstbehauptung gegenüber der Herausforderung durch die weltweiten Globalisierungsprozesse.

Zwar hätten noch zu Beginn der 90er Jahre führende westeuropäische Staatsmänner dem Wunsch Polens und anderer mitteleuropäischer Länder nach einem Beitritt zur europäischen Integration recht skeptisch gegenübergestanden, da sie davon eine Störung des Zeitplans zur Weiterentwicklung der Gemeinschaft befürchteten. Heute hingegen seien unstreitig zumindest die Mitteleuropäer willkommen, sofern sie die Ziele der Union bejahten und sich in der Lage zeigten, sie mitzuverwirklichen. Hier sei aber leider nicht zu verkennen, daß gerade in den Kernländern der EU, allen voran in Deutschland und in Frankreich, Zweifel an der Fähigkeit Polens zur Vollmitgliedschaft zugenommen hätten. Wenngleich die allgemeinen westeuropäischen Informationsmedien Polen nur wenig Aufmerksamkeit schenkten, werde in der für die Entscheidungsträger maßgebenden Fachliteratur sehr genau verfolgt, was sich in Polen tue. Anders als beim NATO-Beitritt, für den es in Polen einen breiten und stabilen Konsens gegeben habe, sei die Bereitschaft ungenügend geblieben, sich ernsthaft mit den Voraussetzungen und Anforderungen zu befassen, die der EU-Beitritt mit sich bringe.

Insofern stehe Polen vor der Frage, ob es die ihm gebotene historische Chance zur festen Eingliederung in das neue Europa nutzen werde oder sie verpasse.

2. Polens Ostgrenze: Sperre oder Tor?

Mit der ersten Ostöffnung der NATO und der bevorstehenden ersten Osterweiterung der EU tritt an die Stelle der ehemaligen Systemgrenze zwischen West- und Osteuropa an der Elbe eine neue politische Ordnungsgrenze zwischen Mitteleuropa und Osteuropa am Bug. Denn die östlich dieser Grenze gelegenen postsowjetischen Staaten Belarus und Ukraine haben ebensowenig wie Moldawien oder gar Rußland die Aussicht, in absehbarer Zukunft den Mitteleuropäern auf dem Weg in die Atlantische Allianz und in die Europäische Union nachzufolgen. Polen gerät dadurch faktisch in die Lage eines Rand- oder gar Frontstaats.

Indessen haben alle postkommunistischen Regierungen Polens, beginnend mit Warschaus Vorreiterschaft bei der Anerkennung der Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine am 1. Dezember 1991, immer wieder betont, daß sie eine "Frontstaat"-Rolle ablehnen und es vorziehen, ihren östlichen Nachbarn bei der Transformation ihrer politischen und sozio-ökonomischen Verfassungen Beistand zu leisten. Damit entsprach Warschau zwar insbesondere dem Drängen Washingtons, speziell im Hinblick auf die Ukraine. Hingegen wurde Polen in Brüssel schon früh deutlich gemacht, daß seine Aufnahme in die EU die volle Übernahme des Schengen-Regimes an der Außengrenze der Union voraussetze. Der hier vorgestellte Beitrag von **Agnieszka Magdziak-Miszewska** läßt das Dilemma erkennen, in welchem Polen sich befindet.

Die Autorin war jahrelang stellvertretende Chefredakteurin der Monatszeitschrift der polnischen katholischen Intelligenz *Więź*, ehe sie von 1991 bis 1996 als Erste Sekretärin der polnischen Botschaft in Moskau tätig war. Seit ihrer Rückkehr nach Warschau hat sie ihre alte Funktion bei *Więź* wieder übernommen; außerdem wurde sie nach den Wahlen vom Herbst 1997 als exzellente Kennerin nicht nur Rußlands, sondern auch der anderen östlichen Nachbarländer Polens ostpolitische Beraterin des neuen Ministerpräsidenten Jerzy Buzek. Zugleich gehört sie zu den Vorstandsmitgliedern des von Janusz Reiter, dem ehemaligen polnischen Botschafter in der Bundesrepublik, geleiteten *Centrum Stosunków Międzynarodowych* (Zentrum für internationale Beziehungen) sowie des *Ośrodek Studiów Wschodnich* (Zentrum für Oststudien).

In ihrem Aufsatz skizziert M. die Folgen des NATO-Beitritts Polens im Hinblick auf die drei östlichen Nachbarstaaten: Belarus, Ukraine und Rußland. Dabei gelangt sie zu dem Schluß, daß die dortigen Entwicklungen kaum zu Optimismus Anlaß geben und Polen am Ende doch in die ungewünschte Frontstaatrolle drängen könnten.

In **Belarus** habe sich das Regime Lukaschenkas gänzlich auf das Ziel der Union mit Rußland eingestellt und diffamiere die NATO nicht mehr nur als potentielle, sondern als reale Bedrohung des Landes. Als Konsequenz, die gerade aus polnischer Sicht beunruhigende, werde Lukaschenka auf die Reinstallierung russischer Atomwaffen in Belarus drängen. Zugleich stütze seine Politik die Konservativen und Nationalisten in Moskau. Die belarusische Opposition habe inzwischen zwar verstanden, daß die NATO-

Osterweiterung der Demokratie diene und eines fernen Tages auch Belarus Mitglied im Bündnis werden sollte. Doch seien die Gegner des Regimes zu schwach und innerlich zerstritten, als daß sie politischen Einfluß gewinnen könnten.

In der **Ukraine** hingegen habe die Regierung mit besonderem Engagement die Möglichkeiten der NATO-Programme der "Partnerschaft für den Frieden" genutzt und für ihr Land immerhin mit der auf dem Madrider NATO-Gipfel am 9. Juli 1997 angenommenen NATO-Ukraine-Charta einen besonderen Status erlangt. Dennoch stellt M. unter den politischen Eliten der Ukraine eine Verbreitung der nüchternen Einsicht fest, wonach das Land in den Beziehungen zu Rußland und zum Westen auf Ausgewogenheit achten müsse. Um die Abhängigkeit von Rußland nicht weiter wachsen zu lassen, solle der Ukraine zumindest bei der sozio-ökonomischen Transformation Beistand geleistet werden. Polen und Ungarn seien dazu auch bereit. Leider erhielten sie dafür jedoch von der EU und deren Mitgliedern, obwohl ihnen daran gelegen sein müßte, daß sich nicht auch die Ukraine zu einem feindseligen Frontstaat entwickle, kaum Unterstützung. Diese komme fast allein von den USA.

In ihren Bemerkungen zu **Rußland** hebt M. zunächst hervor, wie wichtig eine Zusammenarbeit Polens, Litauens und Rußlands bei der Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Lebensfähigkeit der Exklave Kaliningrad sei. Diesem Gebiet gelte es, eine Alternative zu den Plänen von Militärs und Nationalisten zu eröffnen, in welchen Kaliningrad nach wie vor ein hoher Stellenwert beigemessen werde. M. sieht darin sogar den eigentlichen Grund für die scharfe Ablehnung einer NATO-Mitgliedschaft der drei baltischen Staaten durch Moskau.

In diesem Zusammenhang macht sie aber auch darauf aufmerksam, daß die russische Polemik gegen die NATO-Osterweiterung gerade mit Bezug auf die baltischen Staaten lediglich von dem engen Kreis der Moskauer außenpolitischen Elite getragen werde. Deren Vertreter, zusammengeschlossen insbesondere im "Rat für Verteidigungs- und Außenpolitik" (SVOP), seien nach wie vor davon überzeugt, daß die internationalen Beziehungen durch nationale Interessen definiert würden, welche auf die Erweiterung politischer Einflußsphären gerichtet seien. In der russischen Gesellschaft dagegen hätten die meisten Menschen die drei baltischen Staaten nie als Teil Rußlands betrachtet. Insofern hält M. es auch für unwahrscheinlich, daß ein NATO-Beitritt Estlands, Lettlands und Litauens in Rußland größere Massenproteste auslösen würde. Anders allerdings im Falle der Ukraine: hier hätten sich selbst Rußlands Demokraten noch immer nicht mit der Loslösung aus dem russischen Staat abgefunden.

Abschließend unterstreicht M., daß Polen mit seinem Beitritt nicht etwa nur der prekären Grauzone "Zwischeneuropa" entfliehen, sondern gemeinsam mit der Allianz an der Entstehung einer breiten Stabilitätszone arbeiten wolle, die sich auf gemeinsame Werte und Prinzipien stütze. Gerade weil Polen vorerst noch keine substantielle Verstärkung

für das militärische Potential der NATO darstelle, liege es im Interesse des westlichen Bündnisses, Polen bei dieser Friedensaufgabe zu unterstützen.

Während das Eintreten von Agnieszka Magdziak-Miszewska für die östlichen Nachbarn weithin der in Polen vorherrschenden Meinung entspricht, meldet **Jerzy Łukaszewski** in seiner Kritik an den polnischen EU-Beitrittsvorbereitungen (S. 38ff.) auch insoweit Widerspruch an: Es gehöre gegenwärtig in Polen geradezu zur *political correctness*, die drohende Entstehung eines neuen "Eisernen Vorhangs" an den polnischen Ostgrenzen nach einem künftigen Beitritt zur EU zu beklagen. Die vielen Politiker und Publizisten, die sich an diesem fast obligatorischen Ritual beteiligten, seien sich des Schadens, den sie damit anrichteten, wohl gar nicht bewußt. Der einzige Weg, um zu verhindern, daß Polens Ostgrenze dieselbe Qualität wie andere Außengrenzen der EU erlangten, sei der Verzicht auf die EU-Mitgliedschaft. Keiner der Nachbarn Polens aber hätte davon einen Vorteil.

Polen selbst habe doch seinerzeit durch die Wiedervereinigung Deutschlands eine gemeinsame Grenze mit der EU erhalten, die sich für Polen wirtschaftlich und politisch als sehr nützlich erwiesen habe. Weshalb, fragt Ł., solle das im Falle der östlichen Nachbarn Polens eigentlich anders sein? Statt deren begreifliche, aber unbegründete Befürchtungen zu bestätigen, sollte Polen dazu beitragen, sie zu zerstreuen. Andernfalls kompliziere und erschwere Polen nur seine eigene Lage.

Außerdem gehöre Polen eben noch nicht zu den Mitgliedern der EU. Diese aber empfänden die nach Osten gerichteten Solidaritätsbekundungen aus Warschau eher als bloße Bravourakte, die viele Europäer ohnehin als typisch polnisch betrachteten. Sie fänden ihre Irritation noch bestätigt, wenn Polen gleichzeitig leichthin Ansprüche auf erhebliche Subventionen aus den Kassen der Gemeinschaft anmelde.

Selbstverständlich sei polnische Hilfe für die östlichen Nachbarn ein Gebot der Geschichte, des Verstandes und des Gefühls. Und die Notwendigkeit polnischen Handelns im angrenzenden Osteuropa sei offensichtlich. Insofern gehe es auch keineswegs um Kritik an dem besonderen ostpolitischen Engagement des polnischen Präsidenten. Zu tadeln seien hier seine europapolitischen Berater.

Die gebotene Hilfe müsse konkret gewährt werden. Es komme deshalb darauf an, den Nachbarn dort Wege zur Teilnahme am Leben der europäischen und internationalen Staatengemeinschaft zu bahnen, wo es dafür eine reale Chance gebe und spürbare Ergebnisse zu erwarten seien. Polens Nachbarn verdienten jedenfalls Besseres als bloße Worte, hinter denen nichts stecke.

Zusammenfassend dürfte es uneingeschränkt zu begrüßen sein, daß prominente polnische Autoren den Versuch unternehmen, die Europa-Diskussion in ihrem Land in die

notwendige Richtung zu lenken. Denn die in den bisherigen Mitgliedsländern wachsende Skepsis gegenüber der EU-Erweiterung bezieht ihre Argumente auch gerade aus den Problemen, die ihnen der Beitritt Polens bereiten könnte.